

Übersichten

Oktober 2004

Außenpolitik

1 Staatsbesuch Chiracs steht vorrangig im Zeichen der Wirtschaftsinteressen

Frankreichs Staatspräsident Chirac ist nach 1997 und 2000 zum dritten Mal während seiner Amtszeit zu einem offiziellen Besuch in die VR China gereist. Von Hanoi, wo er am ASEM-Treffen teilgenommen hatte, flog Chirac zunächst nach Chengdu und tags darauf nach Beijing, wo er am 9. Oktober mit Hu Jintao, Wen Jiabao und Wu Bangguo zusammentraf. Das Hauptanliegen der französischen Gäste – Chirac wurde von einem Tross von Wirtschaftsvertretern begleitet – war es, Vertragsabschlüsse über eine Reihe von Großprojekten zu erreichen, vor allem im Bereich der Energiewirtschaft, der Luft- und Raumfahrt sowie des Verkehrswesens. Die Bilanz des Besuchs fiel von französischer Seite indessen gemischt aus: Es wurden weit weniger Verträge realisiert als erhofft. (FAZ, 12.10.04; SCMP, 20.10.04)

Das Ergebnis ist um so ernüchternder, wenn man bedenkt, mit wie vielen politischen Gastgeschenken Chirac auf-

wartete: Er hatte sich bereits am Rande des ASEM-Treffens in Hanoi für eine Aufhebung des EU-Waffenembargos ausgesprochen, die Verpflichtung Frankreichs und Chinas betont, ein Gegengewicht zu den USA zu bilden, und konfliktbeladene Themen weitgehend ausgespart. Frankreich setzt sich derzeit am energischsten für die Aufhebung des Embargos ein; vor allem Schweden, die Niederlande, Irland und Großbritannien sind, nicht zuletzt auf Druck der USA, dagegen. Ursprünglich war geplant, noch in diesem Jahr eine Aufhebung des Embargos zu erreichen, was nach einer Bekräftigung der britischen Position aber als unwahrscheinlich gilt. Die USA fürchten vor allem die Aufrüstung mit europäischer Radar- und Kommunikationstechnik. Ein Antrag der Koalition im Bundestag betonte, es sei zu früh, das Embargo aufzuheben. Die Bundesregierung wird darin aufgefordert, die Menschenrechts- und Minderheitensituation in China in Betracht zu ziehen. Als ein Kriterium wird die „rasche Ratifizierung und Umsetzung des UN-Paktes über politische und bürgerliche Rechte“ genannt. (WSJ, 7., 11.10.04; FT, 8.10.04; IHT, 7.10.04; XNA, 8., 11.10.04; FAZ, 28.10.04; HB, 27.10.04; SCMP, 12.10.04)

Beim Thema Menschenrechte beschränkte Chirac sich auf das für die heimische Öffentlichkeit nötigste, indem er im Namen der EU eine Liste mit den Namen eines Dutzend inhaftierter Regimekritiker übergab. Um welche Namen es sich handelte wurde nicht bekannt. Bei einer Rede an der Tongji-Universität deutete Chirac zumindest die Bedeutung von Grundrechten und Demokratie an. Während Chiracs Besuch hat sich Hu Jintao erstmals zu den Studentenprotesten von 1989 geäußert: Es gebe keinen Grund, das historische Urteil, dass es sich dabei um einen Versuch zur Konterrevolution gehandelt habe, zu revidieren. (ST, 10.10.04; RSF, nach BBC PF, 2., 11.10.04; SCMP, 11.10.04)

Zur Belebung der Wirtschaftsbeziehungen (Frankreich ist nur der viertwichtigste Handelspartner Chinas in der EU) versucht Frankreich Kapital aus seinem Ruf als Kulturnation zu schlagen: Das Jahr der französischen Kultur, für das Frankreich 300 Mio. Yuan aufgewendet hat, wurde parallel zum Staatsbesuch mit Konzerten

und Ausstellungen eröffnet. Auch der wissenschaftliche Austausch soll verstärkt gefördert werden. (XNA, 10., 11.10.04) -mb-

2 Wen Jiabao zu Gast in Vietnam und Teilnehmer des ASEM-Treffens

Wen traf vor Beginn des 5. ASEM-Treffens mit vietnamesischen Spitzenpolitikern zusammen. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurden die Fortschritte bei der Festlegung des Grenzverlaufs betont und die Absicht der Errichtung einer ASEAN-Freihandelszone bekräftigt, außerdem wurden Abkommen zu Handels- und Wirtschaftsbeziehungen unterzeichnet. (ZXS, nach BBC PF, 30.9.04; VNA news agency web site, nach BBC PF, 7.10.04)

Beim ASEM-Treffen selbst legte Wen einen vier Punkte umfassenden Vorschlag zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Asien und Europa vor:

- (1) Einrichtung und Verbesserung der Konsultationsmechanismen auf verschiedenen Ebenen und eine engere Abstimmung auch im Rahmen der Vereinten Nationen.
- (2) Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen des „ASEM Trade Facilitation Action Plan“ und des „ASEM Investment Promotion Action Plan“, sowie durch den weiteren Abbau von Handelsbeschränkungen.
- (3) Ausgleich des ökonomischen Gefälles zwischen ASEM-Mitgliedstaaten durch intensivierete Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe, der Bildung, und der technischen Kooperation.
- (4) Dialoge zwischen den Kulturen, die gegenseitiges Verständnis fördern und die kulturelle Vielfalt bewahren. (XNA, 9.10.04)

Wen drängte die Europäer, das Waffenembargo aufzuheben. Am Rande des Treffens kam Wen Jiabao mit den Premierministern Schwedens, Polens, und Irlands zusammen. (XNA, 9.10.04) Die Regierungsvertreter betonten in ihrer Abschlusserklärung die Absicht, in der Terrorbekämpfung, der

Unterbindung von Proliferation, und im Kampf gegen organisiertes Verbrechen, Drogenhandel, und ansteckende Krankheiten eng zusammenzuarbeiten. (XNA, 8.10.04) -mb-

3 Putins Staatsbesuch in Beijing: China in der ungewöhnlichen Rolle des Bittstellers

Russlands Präsident Putin hat vom 14. bis 16. Oktober Beijing und Xi'an bereist, sein erster Besuch in China während seiner zweiten Amtszeit. Russland befindet sich gegenüber China in einer ungewöhnlich starken Position: China will aus Russland Waffen beziehen, die wegen der westlichen Embargopolitik andernorts nicht zu bekommen sind, und Öl importieren, um das unter anderem auch Japan konkurriert.

Vor diesem Hintergrund hat die Einigung über die Beilegung der Grenzstreitigkeiten zu Diskussionen in chinesischen Webforen geführt: Die umstrittenen Inseln im Amur und im Argun werden nach russischen Angaben ungefähr mittig geteilt. Auf chinesischen Internetseiten wurde daraufhin der Verdacht geäußert, Territorium sei gegen russische Zusagen bei Fragen der Öllieferung getauscht worden. Genährt wurden die Gerüchte durch das beharrliche Schweigen der chinesischen Seite, die keine genauen Angaben über das Abkommen geben wollte. Die chinesischen Behörden haben diese Diskussion mittlerweile unterbunden.

Weitere Themen während des Besuchs waren Wirtschaftsfragen: Beide Seiten vereinbarten das ehrgeizige Ziel, das jährliche bilaterale Handelsvolumen von derzeit 15,7 Mrd. US\$ bis zum Jahr 2008 auf 60 Mrd. US\$ zu steigern. China erklärte zudem, die Aufnahme Russlands in die WTO unterstützen zu wollen. Putins zweite Reisestation, Xi'an, hatte ebenfalls ökonomische Hintergründe: Russische Unternehmen hoffen auf Aufträge in Großprojekten, die Teil des Entwicklungsplanes für die Westprovinzen sind. (RMRB online, nach BBC EF, 20.10.04; Interfax news agency, nach BBC EF, 21.10.04; ST 16., 21.10.04; NZZ, 15., 22.10.04; Xinhua, nach BBC EF, 14.10.04; ITAR-TASS,

nach BBC EF, 15.10.04; XNA, 12., 15.10.04; FT, 15.10.04) -mb-

4 Powells Äußerungen bei Kurzbesuch in Beijing verunsichern Taiwan

Bei einem Kurzbesuch in Beijing, der vor allem der Vorbereitung einer neuen Runde der Sechsergespräche über Nordkoreas Atomprogramm dienen sollte, hat US-Außenminister Powell mit Äußerungen zum Status Taiwans Spekulationen über einen neuen Trend in der amerikanischen Taiwanpolitik ausgelöst. Abweichend vom üblichen Sprachgebrauch sagte Powell, dass die Wiedervereinigung Chinas und Taiwans letztlich das Ziel aller Verhandlungen sei (*eventual outcome*), und sagte, Taiwan sei „nicht unabhängig“. Diese explizite Feststellung ist neu. Auch wenn ein Sprecher des US-Außenministeriums betonte, die Politik habe sich nicht geändert, sahen viele Beobachter hinter Powells Worten ein Angebot an Beijing, das im Zusammenhang mit den Sechsergesprächen über Nordkorea stehen könnte: Powell drückte bei seinem Besuch die Unzufriedenheit der USA mit dem Verlauf der bisherigen Gesprächsrunden aus und drängte China, stärker auf Nordkorea einzuwirken, um eine Lösung zu erreichen. Der neue Ton in der Taiwan-Frage könnte als Anreiz dazu verstanden werden. Zwei Tage später hat Powell in einem Fernsehinterview mit einem amerikanischen Sender Teile seiner Bemerkungen zurückgenommen: Er sprach nicht länger davon, dass es auf beiden Seiten der Taiwan-Straße den Wunsch nach Wiedervereinigung gebe und sagte, Ziel sei „eine friedliche Lösung des Problems“. (WSJ, 28.10.04; IHT, 29.10.04)

Am Rande von Powells Kurzbesuch in Beijing wurde bekannt, dass der Menschenrechtsdialog zwischen den USA und China, den Beijing als Reaktion auf eine US-initiierte Resolution bei der UNHRC unterbrochen hatte, wieder aufgenommen werden soll. Im April war Washington mit dem Versuch gescheitert, Beijing von der UNHRC verurteilen zu lassen; eine Mehrheit der stimmberechtigten Länder hatte die formelle Diskussion über den Antrag abgelehnt. (ST, 25., 27.10.04; WSJ, 25., 27.10.04) -mb-

5 Bemühung um Wiederaufnahme der Sechsergespräche über Nordkoreas Atomprogramm

Beim Besuch von Nordkoreas zweithöchstem Politiker, Parlamentspräsident Kim Yong-nam, in Beijing ging es zwar primär um Wirtschaftsfragen, aber der Besuch gab auch Gelegenheit zu Gesprächen über die multilateralen Verhandlungen über Nordkoreas Atomprogramm. Hu Jintao forderte bei seinem Treffen mit Kim allseitige Bemühungen um eine friedliche Lösung des Konflikts. China plant laut Wu Danwei (stellvertretender Außenminister) eine Fortsetzung der Sechsergespräche für Ende November. Chinas Emissär in dieser Angelegenheit, Ning Fukui, reiste nach Seoul, um die Wiederaufnahme der Sechsergespräche einzuleiten. Die nächste Runde hätte bereits im September stattfinden sollen, war aber wegen nordkoreanischer Einwände nicht zustande gekommen.

Ein anonymes Web-Artikel, basierend auf einem Vortrag eines chinesischen Politikprofessors und Regierungsberaters, hat unterdessen in Südkorea lebhaft Diskussionen ausgelöst. Dem Artikel zufolge beabsichtigt China „Nordkorea in seine Sicherheitsstruktur zu inkorporieren und es letztlich zu einem abhängigen (*subordinate*) Staat zu machen, falls eine pro-chinesische Militärjunta die Macht nach einem Regimekollaps an sich risse.“ Unterdessen veröffentlichte das südkoreanische Verteidigungsministerium eine Einschätzung, derzufolge China im Falle eines Krieges auf der koreanischen Halbinsel 400.000 Soldaten einsetzen würde, um Nordkorea beizustehen. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 28.10.04; Yonhap news agency, nach BBC PF, 5., 12., 27.10.04; SCMP, 18., 19.10.04; Yonhap news agency, nach BBC EF, 19.10.04; *Choson Ilbo* web site, nach BBC PF, 20.10.04) -mb-

6 China reagiert schärfer auf Fälle nordkoreanischer Botenschaftsflüchtlinge/Grenzschutz am Tumen verstärkt

China hat erstmals die Auslieferung von 44 nordkoreanischen Flüchtlin-

gen verlangt, die sich in die kanadische Botschaft geflüchtet hatten. Weder die chinesische Regierung noch die Medien erwähnten, dass es sich bei der Gruppe um Nordkoreaner handelte. China hat an alle ausländischen Vertretungen in Beijing appelliert, nordkoreanischen Flüchtlingen keinen Schutz mehr zu gewähren. Außerdem verlangten die Behörden von Südkorea die Auslieferung zweier Nordkoreaner, die sich mit Waffengewalt Zutritt zur südkoreanischen Botschaft in Beijing verschafft hatten. Mehr als 60 Flüchtlinge und zwei südkoreanische Helfer wurden in Beijing verhaftet; eine Bestrafung der beiden Aktivisten nach chinesischem Recht wurde angekündigt, woraufhin eine südkoreanische Delegation zu Verhandlungen nach Beijing reiste. In einem außergewöhnlichen Fall hat die US-amerikanische internationale Schule in Shanghai neun Asylsuchende an die chinesischen Behörden übergeben. Bislang hatten internationale Schulen Flüchtlinge stets auf die jeweiligen Botschaftsgelände verbracht.

Auch an der Grenze zu Nordkorea ergriff China neue Maßnahmen: Beijing unterstützt Nordkorea bei der Aufstellung von Hundestaffeln, welche die Flucht über die koreanisch-chinesische Grenze weiter erschweren sollen. Die Maßnahme wurde in beiderseitiger Absprache getroffen; China kommt für das Hundefutter auf. Zugleich entsandte Beijing 10.000 Soldaten an drei Lokalitäten entlang des Tumen, welche den Übertritt nordkoreanischer Soldaten in das Nachbarland verhindern sollen, die bei Beutezügen auf der Suche nach Nahrungsmittel chinesische Siedlungen heimsuchen könnten. Auch der wachsende Drogenhandel bereitet Beijing Sorgen. Der Drogenanbau in Nordkorea blüht, und mit ihm der Schmuggel und Handel über die Grenze hinweg. Ein Beamter des chinesischen Sicherheitsapparats wird mit den Worten zitiert: „Drogen sind mittlerweile ein größeres Problem als die Flüchtlinge“. Die Drogen sind teilweise für den chinesischen Markt, teils aber auch zum Weitertransport nach Südkorea, Taiwan, und Japan bestimmt. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 30.9., 5.10.04; Yonhap news agency, nach BBC PF, 30.9., 9.10.04; *Choson Ilbo* web site, nach BBC PF, 30.9., 14.10., 29.10.04; WSJ, 26.10.04;

BBC PF, 30.09., 9.10.04; *Choson Ilbo*, nach BBC EF, 9.10.04) -mb-

7 Chen Shuibians Rede zum Nationalfeiertag erfährt scharfe Kritik aus Beijing

Mit Hu Jintao hatten sich Hoffnungen auf einen konzilianteren Kurs Beijings in der Taiwan-Frage verknüpft. Schon bevor er den Vorsitz der Militärkommission übernahm, soll er nach Informationen einer Hongkonger Zeitung für einen neuen Ansatz plädiert haben, demzufolge im Gegensatz zu Jians Linie keine Frist für die Wiedervereinigung gesetzt wird, sondern Beijing auch abzuwarten bereit sein sollte. Unter Jiang Zemin hatte noch die Bestimmung des Weißbuchs vom Februar 2000 gegolten, dass Versuche, den Vereinigungsprozess auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern, bereits eine von drei *causae belli* bedeuten sollten. Indes hat der Optimismus bezüglich Hus Position einen Dämpfer erlitten: Beijing hat auf eine Rede Chen Shuibians vom 10. Oktober scharf reagiert, insbesondere auf seine Formulierung, die Republik China sei Taiwan. Beijing nannte dies einen Akt, der auf „Taiwanische Unabhängigkeit“ ziele, und der eine schwer wiegende Gefährdung des Friedens darstelle, so Li Zhaoxing. Allerdings bemühten sich eine Woche nach dieser scharfen Verurteilung führende mit Taiwanangelegenheiten befasste Politiker um die Beruhigung von verunsicherten taiwanesischen Investoren: Bei demonstrativen Besuchen von Fabriken mit mehrheitlich taiwanesischer Beteiligung versicherten sie, wie willkommen taiwanesischen Investoren auf dem Festland seien. (SCMP, 14., 22.10.04; ST, 2.10.04; XNA, 13.10.04; IHT, 14.10.04) -mb-

8 Sicherung des Zugangs zu Öl und Gas beeinflusst zunehmend Chinas Außenpolitik

Der steigende Ölbedarf Chinas (die Importe werden nach chinesischen Angaben dieses Jahr 110 Mio. Tonnen betragen, eine Steigerung von 21% im Vergleich zum vergangenen Jahr) beeinflusst zunehmend die chinesische Außenpolitik. Konkurrenz um Öl- und Gasfelder belastet derzeit das Ver-

hältnis zu Japan (vgl. C.a., 2004/7, Ü 5). Ein energiepolitischer Zankapfel zwischen China und Japan sind die Erdgasvorkommen im Ostchinesischen Meer. Die Japanische Regierung zeigt sich beunruhigt über Berichte, denen zufolge China seine Bemühungen in der Erkundung der dortigen Erdgaslagerstätten verstärken will. Nach japanischen Angaben sind Explorationen in Gebieten geplant, die von Japan als ökonomische Einflussosphäre für sich reklamiert werden. China und Japan haben sich bislang nicht auf eine gemeinsame Definition ihrer jeweiligen „exklusiven Wirtschaftszonen“ einigen können. Japan betrachtet eine Linie in gleichem Abstand zu beiden Küsten als Grenze beider Sphären, China hingegen beansprucht die Ausbeutung der See so weit die Kontinentalplatte reicht. Der Streit droht sich angesichts knapper werdender Energieressourcen insbesondere für die chinesische Volkswirtschaft zu verschärfen. Wang Yi, Chinas Botschafter in Tokyo, erklärte, die japanischen Besorgnisse seien völlig unbegründet: Das Gebiet, in dem China Erkundungen ausführe, befände sich unbestreitbar innerhalb der chinesischen Zone, und von Explorationen auf japanischem Gebiet wisse er nichts. Ein Treffen zwischen Cui Tiankai, dem Generaldirektor des Asienreferats im chinesischen Außenministerium, und seinem japanischen Pendant Yabunaka, bei dem die strittigen Fragen erörtert werden sollten, brachte keine Ergebnisse: Während Beijing die Gespräche als förderlich bezeichnete, zeigte Tokyo sich unzufrieden. Insbesondere erwarte man weiter genauere Angaben zu den chinesischen Projekten. Japan hat Aufklärungsflugzeuge entsandt um die chinesischen Aktivitäten zu erkunden, und Schiffe von Marine und Küstenschutz beider Länder kreuzen in den fraglichen Gewässern. Die öffentliche Meinung in Japan drängt die Regierung zu einer harten Haltung: Nicht zuletzt die Ausschreitungen nach dem Asien-Cup-Finale im August haben in Japan die Bereitschaft zum Dialog verringert. Eine Gruppe von 90 Parlamentariern forderte die Regierung auf, in der Frage keine Nachgiebigkeit zu zeigen. (Kyodo News Service, nach BBC EF, 18., 19., 20.10.04; FT, 19.10.04; *Mainichi Shinbun* web site, nach BBC PF, 29.10.04; Kyodo News Service, nach

BBC PF, 26.10.04; SCMP, 19.10.04; WSJ 21., 26.10.04; ST, 18.10.04)

Auch mit Vietnam gibt es Streit um Ressourcen: Vietnam hat die Exploration von Gasfeldern in der Nähe der Spratley-Inseln international ausgeschrieben, die laut chinesischer Lesart in chinesischen Hoheitsgewässern liegen. Vietnam hingegen behauptet, das Gebiet befände sich in vietnamesischen Gewässern. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums äußerte seine „ernste Besorgnis“ über den Vorfall.

China verstärkt in beinahe allen Weltgegenden seine Bemühungen um die Sicherung der Ölversorgung: Neue Pipelines sollen Öl von einem myanmarischen Hafen nach Yunnan und von Kasachstan nach Xinjiang pumpen. Diese Pipeline soll bereits im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Auch um eine Steigerung der Importe aus dem Iran bemüht Beijing sich derzeit. In Westafrika steht China in Konkurrenz zu Indien; im Wettbewerb um ein Abkommen zur Ölförderung mit Angola war China durch das großzügigere Hilfsangebot erfolgreich: Im Gegenzug zur Zusage bietet China Entwicklungshilfeprojekte im Umfang von 2 Mrd. US\$ an. Hilfe-für-Öl ist eine Strategie, die China seit dem 11.9.2001 in der Region praktiziert.

Im Sudan kollidiert Chinas Interesse an der Ölausfuhr mit der Politik der USA. China hatte sich bei der Abstimmung über die von den USA eingebrachten UN-Sicherheitsratsresolution am 18. September erst dann enthalten, als die USA den Ton der Resolution stark gemildert hatte. Die USA haben China vorgeworfen, durch die Ölimporte das Regime in Khartum zu finanzieren. Die China National Petroleum Corporation und die staatlichen Ölgesellschaften Indiens und Malaysias sind die wichtigsten ausländischen Investoren im Sudan. Die Hälfte der jährlichen Ölimporte bezieht China aus dem Nahen und Mittleren Osten, ein Viertel aus Afrika; der Sudan spielt dabei zwar derzeit noch keine große Rolle, birgt für chinesische Importe aber weiteres Potenzial. (Xinhua, nach BBC EF, 20.10.04; Voice of Vietnam text web site, nach BBC EF, 21.10.04; ST, 2., 5., 14., 16.10.; BBC EF, 14.10.04; FT, 15.10.04; FAZ, 15.10.04; XNA, 29.10.04) -mb-

9 Japan und China: Neue Belastungen und Bemühungen um Entspannung

Die chinesisch-japanischen Beziehungen sind weiterhin gespannt; der Streit um die Gasexploration im Ostchinesischen Meer hat neuerlich Öl ins Feuer gegossen. Neben Japans Haltung zu seiner Rolle im Zweiten Weltkrieg ist auch die enge militärische Kooperation Tokyos mit Washington Beijing ein Dorn im Auge: China äußerte sich besorgt über die US-japanischen Gespräche über die künftige militärische Zusammenarbeit und über eine US-geführte Marineübung in japanischen Gewässern. Auch das neue japanische Verteidigungsprogramm 2005-2009 stieß auf Kritik: Es widerspreche Japans pazifistischer Verfassung und steigere die Gefahr, dass Japan in bewaffnete Konflikte verwickelt werde. In Japan werden angesichts der Feindseligkeit, die Japan in China entgegenschlägt, Forderungen nach einem Ende der japanischen Wirtschaftshilfe für China laut. Außenminister Machimura erklärte daraufhin, dass sich die japanische Entwicklungshilfe für den Nachbarn künftig verstärkt auf Umweltschutzprojekte und Bildungsprogramme konzentrieren werde. Zwar sei es absehbar, dass China eines Tages dererlei Hilfe nicht mehr benötige, derzeit sei es allerdings nicht ratsam, die Unterstützung einzustellen. Nicht zuletzt liege es in Japans eigenem Interesse, etwa die Luftverschmutzung in China einzudämmen, die auch auf Japan Auswirkungen habe. Japans Entwicklungshilfe für China wurde seit 2001 kontinuierlich gedrosselt und betrug 2003 nicht einmal mehr die Hälfte des Volumens des Jahres 2000. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 3.10.04)

Unterdessen bemühen sich beide Seiten um die dringend notwendige Entspannung des Verhältnisses. In einer Rede vor dem Parlament versprach Koizumi, er werde sich um verbesserte Beziehungen zur VR China bemühen. Zugleich betonte er aber, Besuche des Yasukuni-Schreins seien nicht verwerflich; China solle die Entscheidung eines jeden japanischen Premiers akzeptieren, den Schrein besuchen zu wollen. (SCMP, 13.10.04; Kyodo News Service, nach BBC PF, 20., 26.10.04; XNA, 26.10.04)

Von chinesischer Seite gibt es ein verständliches Signal: Neuer Botschafter in Tokyo wird Wang Yi. Die Berufung kann insofern als ein Zeichen guten Willens verstanden werden, als Wang im Range eines stellvertretenden Außenministers steht; gewöhnlich werden Diplomaten dieses Ranges nur in Länder gesandt, die einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat innehaben. Zum anderen gilt Wang als ein Befürworter einer konzilianteren Japanpolitik; Wang traf mit führenden Politikern verschiedener japanischer Parteien zusammen und betonte bei einer Pressekonferenz nach seinem Treffen mit dem Generalsekretär der LDP, Takebe: „Unsere Wirtschaftsbeziehungen sind gut, aber unser politisches Verhältnis ist kühl. Wir befinden uns in keiner normalen Situation, und müssen so schnell wie möglich vernünftige Beziehungen zwischen unseren Ländern herstellen.“ Wang sprach sich für ein baldiges Treffen der Staatschefs und für Gespräche auf der Arbeitsebene über die umstrittene Gasförderung im Ostchinesischen Meer aus. (ST, 6.10.04; BBC PF, 7.10.04)

Ein Treffen zwischen Spitzenpolitikern beider Länder steht seit drei Jahren aus. Spekulationen, dass es am Rande des ASEM-Treffens in Hanoi zu einem Treffen zwischen Koizumi und Wen kommen könne, haben sich zerschlagen. Stattdessen wollen beide Seiten aber den nächstmöglichen Termin, den APEC-Gipfel Anfang November in Chile, wahrnehmen: Hu Jintao und Koizumi werden sich dann am Rande des Gipfels treffen, wie ihre Außenminister verlautbarten. Bei ihrem Treffen in Hanoi bekräftigten die beiden Chefdiplomaten ihr beiderseitiges Bemühen um eine Verbesserung der aktuell belasteten Beziehungen, ohne konkrete Angaben zu machen, auf welchem Wege dies geschehen soll. Li Zhaoxing äußerte sich ebenso wenig über Chinas Position in der Frage von Japans möglicher Aufwertung im Weltsicherheitsrat, sondern sprach sich lediglich für weitere diesbezügliche Konsultationen aus. (Kyodo News Service, nach BBC PF, 4., 9.10.04; BBC EF, 9.10.04; ST, 7.10.04) -mb-

10 Annan fordert China zu stärkerem UN-Engagement auf

UN-Generalsekretär Annan hat zum sechsten Mal während seiner Amtszeit die VR China besucht. Auf dem Programm des fünftägigen Aufenthalts standen unter anderem der Besuch eines Öko-Dorfes und eines Testzentrums für HIV, sowie des „Peace Keeping Training Centre“ in Langfang. China hat unterdessen viel Mühe auf die Auswahl von 125 Polizeioffizieren verwandt, die als Teil der UN-Mission nach Haiti entsandt werden sollen. Die Truppe wurde aus Einheiten von vier Großstädten ausgesucht und erhielt ein dreimonatiges Spezialtraining für den Einsatz. Seit 1999 hat China bereits bei einem halben Dutzend UN-Missionen Polizisten gestellt, der Einsatz in Haiti ist aber insofern ein Novum, als hier eine völlig selbständige chinesische Einheit operieren wird, mit eigener Logistik und Kommandostruktur. Das chinesische Engagement ausgerechnet in Haiti ist erstaunlich, zumal der Inselstaat eines der wenigen verbleibenden Länder ist, die mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten.

Annan lobte die Qualitäten des chinesischen Militärs und forderte die Volksrepublik zu verstärktem Engagement bei Peace-keeping-Missionen auf. Staatssekretär Tang Jiaxuan sagte bei einem Treffen mit Annan zu, China werde in Zukunft eine aktivere Rolle in der UNO spielen und sich stärker am Peace-keeping beteiligen. Yang Huanning, stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit, äußerte gegenüber Annan, China werde sich darum bemühen, mehr Personal für entsprechende Einsätze zu schulen. (ST, 1.10.04; XNA, 12.10.04) -mb-

11 Chinesische Geisel in Pakistan getötet

Beim Versuch pakistanischer Sicherheitskräfte, zwei entführte chinesische Ingenieure aus der Gewalt der Geiselnnehmer zu befreien, ist eine der Geiseln ums Leben gekommen. Die beiden Männer hatten an einem Dammprojekt gearbeitet, welches eine chinesische Gesellschaft ausführt. Der Damm befindet sich in einer von der Zentral-

regierung nur unzureichend kontrollierten Gegend, im Süden von Waziristan. Dort sind über 35.000 pakistanische Soldaten in Aktionen gegen islamische Extremisten eingesetzt. Das Gebiet gilt als möglicher Aufenthaltsort von Bin Laden. Die Entführer haben Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk und werden angeführt von Abdullah Mehsud, einem Talibanführer, der erst im März aus Guantanamo entlassen worden war. Beijing hat daraufhin Washington aufgerufen, bei der Entlassung von „ostturkistanischen“ Verdächtigen aus der Haft in Guantanamo Vorsicht walten zu lassen. Ursprünglich forderten die Kidnapper die Freilassung aller Ausländer durch die Pakistanische Regierung, forderten später aber nur noch freien Abzug. Alle Geiselnnehmer kamen bei der Erstürmung ihres Unterschlupfes um, Mehsud war aber nicht unter ihnen.

Nach der Entführung wurden die Arbeiten am Damm einstweilen eingestellt; die chinesische Seite fordert verbesserte Sicherheitsbedingungen. Unter den etwa 350 Beschäftigten ist die Sorge vor weiteren Entführungen groß.

Das Geiseldrama hat in der chinesischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und Anteilnahme erregt. Die überlebende Geisel wurde bei der Landung in Beijing von Hu Jintao persönlich am Flughafen begrüßt. In Internetforen wurden vereinzelt Stimmen laut, die das chinesische Engagement im Anti-Terrorkampf an der Seite der USA für den Vorfall verantwortlich machten. (ZXS, nach BBC PF, 29.10.04; *The News* website, nach BBC PF, 18.10.04; XNA, 18.10.04; SCMP, 11., 14., 15.10.04; WSJ, 12.10.04; PTV World, nach BBC PF, 14.10.04) -mb-

Innenpolitik

12 Gesellschaftliche Unruhen in verschiedenen Landesteilen

Im Laufe des Oktober und frühen November häuften sich Meldungen über soziale Unruhen und Gewaltkonflikte

aus mehreren Regionen Chinas. Für einige westliche Medien war dies Anlass, vor einer politischen Destabilisierung zu warnen und um die Sicherheit ausländischer Investitionen in dem Lande zu bangen. Derartige Befürchtungen einer auf breite Bevölkerungsgruppen übergreifenden Protestwelle scheinen derzeit unbegründet, da sich auch die jüngst bekannt gewordenen Unruhen keineswegs gegen das politische System als solches bzw. gegen die parteistaatliche Führung richten. Wie im Folgenden zu zeigen sein wird, handelt es sich vielmehr um lokal begrenzte Protestaktionen zur Durchsetzung partikularer Interessen, die sich in der Regel gegen spezifische Missstände und die dafür verantwortlichen Akteure vor Ort richten. Für eine überregionale organisatorische Vernetzung zur Erreichung übergeordneter politischer Ziele hingegen findet sich bislang kaum Evidenz, wenn eine solche Möglichkeit für die Zukunft auch nicht von der Hand zu weisen ist und von der parteistaatlichen Führung in China als ein besorgniserregendes Szenario durchaus diskutiert wird.

Die zahlreichen Meldungen über Unruhen in verschiedenen Landesteilen Chinas weisen auf eine große Bandbreite von Konfliktursachen und Auslösern für die teilweise gewaltsam ausgetragenen Proteste. Ein generelles Problem bei der Analyse der Konfliktfaktoren ist die hochgradige Intransparenz lokaler Ereignisse, die durch die nach wie vor sehr restriktive Informationspolitik begründet ist. So werden meist unmittelbar nach Bekanntwerden sozialer Unruhen von lokalen oder zentralstaatlichen Instanzen Nachrichtensperren verhängt. Angesichts moderner Medien wie dem Internet oder SMS-Kurznachrichten sowie der Vernetzung mit Hongkonger und internationalen Medienberichterstatern sind diese Nachrichtensperren zwar nicht vollständig effektiv, bewirken aber in der Regel ein erhebliches Informations-„Rauschen“, das teilweise zu großen Schwankungen in den Zahlenangaben (Zahl der Protestierenden, der eingesetzten Sicherheitskräfte, Verhaftungen, eventueller Opfer von Gewaltkonflikten etc.) und zu stark variierenden Schilderungen des Ereignishergangs führt. Entsprechend lassen sich auch die Konfliktverläufe